Sitzungsvorlage

Datum: 26.05.2015
Drucksache Nr.: **15/0161**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Rat	17.06.2015	öffentlich / Kenntnisnahme

Betreff

Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 der Stadt Sankt Augustin

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt den vom Kämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 gem. § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zur Kenntnis und verweist ihn gem. § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 101 GO NRW zur Prüfung an den Prüfungsausschuss. Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt hat gem. § 95 GO NRW i. V. m. § 37 GemHVO zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) aufzustellen, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt zu vermitteln hat. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnis- und der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2014 wurde vom Kämmerer am 26.05.2015 aufgestellt und am gleichen Tag vom Bürgermeister bestätigt. Nach § 95 Absatz 3 GO NRW leitet der Bürgermeister den von ihm bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses dem Rat zu.

Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen negativen Saldo in Höhe von 9.230.009,01 EUR aus. Gegenüber dem für das Haushaltsjahr 2014 geplanten Defizit in Höhe von 19.646.470,00 EUR zuzüglich der übertragenen Haushaltsreste aus dem Jahr 2013 in Höhe von 1.170.131,71 EUR (fortgeschriebener Ansatz) verringert sich das Defizit somit um 11.586.592,70 EUR. Insgesamt verbessern sich die Erträge gegenüber den Planansätzen um 6.056.340,21 EUR. Die Aufwendungen fallen gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz um 5.530.252,49 EUR geringer aus.

Ertragsverbesserungen sind insbesondere bei der Auflösung von Rückstellungen von rd.

1,8 Mio. EUR, den Erstattungen von anderen Jugendhilfeträgern von rd. 1,3 Mio. EUR und der Gewerbesteuer von rd. 1,1 Mio. EUR zu verzeichnen. Darüber hinaus ergaben sich Mehrerträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von rd. 0,6 Mio. EUR.

Minderaufwendungen ergaben sich insbesondere bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Der fortgeschriebene Ansatz für die Instandhaltung der Gebäude einschließlich der Außenanlagen wurde um 3,6 Mio. EUR und der Ansatz für Heizkosten und Strom um rd. 1 Mio. EUR unterschritten. Ermächtigungen für Sach- und Dienstleistungsaufwendungen in Höhe von rd. 2,2 Mio. EUR wurden ins Folgejahr übertragen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Einzelmaßnahmen an Gebäuden. Darüber hinaus sind die Zinsaufwendungen um rd. 1,1 Mio. EUR unterschritten worden.

Eine Analyse der Abweichungen bezogen auf die einzelnen Ergebniszeilen ist im Anhang des Jahresabschlusses dargestellt.

Der Finanzplan schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 2.120.643,07 EUR ab. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem negativen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.213.609,50 EUR und dem negativen Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 907.033,57 EUR. Der Fehlbetrag sowie die ordentliche Tilgung wurden durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten ausgeglichen. Insgesamt erhöht sich der Bestand an Kassenkrediten zum Abschlussstichtag um rd. 9,0 Mio. EUR. Zur Finanzierung des Saldos aus Investitionstätigkeit erfolgt die Kreditaufnahme erst in 2015, da der tatsächliche Bedarf erst im Rahmen des Jahresabschlusses ermittelt werden konnte. Die Kreditermächtigung aus 2014 kann gem. § 86 Abs. 2 GO NRW hierfür noch bis Ende 2015 in Anspruch genommen werden.

Der Entwurf des Jahresabschlusses auf Produktbereichsebene (gesetzliche Mindestanforderung an die Gliederung) wird nachgereicht. Eine produktgenaue Ausfertigung liegt in der Kämmerei zur Einsichtnahme aus.

Der Rat verweist den Entwurf des Jahresabschlusses zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird das Ergebnis seiner Prüfung in einem Bestätigungsvermerk zusammenfassen bzw. die Versagung des Bestätigungsvermerkes ganz oder teilweise aussprechen. Im letzteren Falle ist dem Bürgermeister die Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.

Die Feststellung und Verwendung des Jahresergebnisses 2014 obliegt im Anschluss an dieses Verfahren dem Rat.

<Name des Unterzeichnenden>

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
- über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 - über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.